

Immerwährende Bildung

Autor(en): **Leuzinger, A.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **42 (1963)**

Heft 12

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-337481>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Immerwährende Bildung

«Die Sozialisten erstreben eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und als dienendes Glied der Gemeinschaft verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Menschheit mitwirken kann.»

So lautet der erste Abschnitt im Grundsatzprogramm der SPD (15. November 1959), das heißt im sogenannten Godesberger Programm. Im Vergleich mit den Parteiprogrammen der SPÖ (14. Mai 1958) und unserer schweizerischen Partei (28. Juni 1959) ist im ersten «Grundwert des Sozialismus» eine grundsätzliche Verschiedenheit zu diesen festzustellen. Im deutschen Programm ist mit aller Eindringlichkeit die Verantwortlichkeit des einzelnen Menschen als dienendes Glied der Gemeinschaft am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Menschheit statuiert; im Unterschied dazu fehlt dieser Appell an die Verantwortlichkeit des einzelnen in den Programmen der SPÖ und der SPS.

Würde die schweizerische Sozialdemokratie diese Verantwortlichkeit des einzelnen ebenfalls in ihrem Grundsatzprogramm verankern – ein Gedanke, der sicherlich nicht als abwegig bezeichnet werden darf –, müßte vermutlich noch ein entscheidender Schritt weiter getan und formuliert werden: «... in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und als dienendes Glied der Gemeinschaft verantwortlich am ... Leben der Menschheit mitwirken kann *und muß!*» Denn die Würde des Menschen liegt im Anspruch auf Selbstverantwortung ebenso wie in der Anerkennung des Rechtes seiner Mitmenschen und damit in der Mitverantwortlichkeit für die Gesellschaft.

An einer Seminartagung der Sozialdemokratischen Bodensee-Internationale vom 21. und 22. September 1963 im Naturfreundehaus Kaien AR, an der sich die Teilnehmer über die Grundsatzprogramme der deutschen, österreichischen und schweizerischen Parteien nach glänzend fundierten Referaten auseinandersetzten, wurde diese grundsätzliche Differenzierung von Genosse Weber, Arbon, festgehalten und damit zugleich eine bedeutende Forderung an die SPS ausgesprochen.

Nicht daß an dieser Stelle auf diese ertragreiche Seminartagung weiter eingegangen werden soll. Immerhin darf diese grundsätzliche Forderung nach Verantwortlichkeit jedes Menschen am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Gemeinschaft besonders hervorgehoben werden.

Die diesjährige Konferenz der Internationalen Union sozialdemokratischer Erzieher in Wien, Steyr, Salzburg diente der Behandlung des Themas der «Immerwährenden Bildung». Die Teilnehmer waren sich dabei durchaus

bewußt, daß gerade wegen der Forderung nach der Verantwortung als dienendes Glied der Gemeinschaft die «Education permanente» die Voraussetzung ist. Es ist darum eine absolute Notwendigkeit, ja äußerste Dringlichkeit, daß auch die schweizerische Sozialdemokratie in die Bildungspolitik «steigt» und sich dieser mit größter Intensität widmet.

Ein Resolutionsentwurf der Wiener Konferenz 1963 könnte für diese Forderung einer bildungspolitischen Konzeption der Schweizerischen Sozialdemokratischen Partei eine Ausgangsbasis werden. Innerhalb der österreichischen wie auch der deutschen Partei sind weitreichende und grundsätzliche Diskussionen schon seit längerer Zeit im Gange. Auch die Gewerkschaften haben, im Unterschied zum Schweizerischen Gewerkschaftsbund, bildungspolitische Leitsätze formuliert und anerkennen damit auch einen bildungspolitischen Auftrag.

Es wäre wohl außerordentlich wertvoll und würde auch der Befruchtung der Arbeit des kulturpolitischen Ausschusses unserer Partei dienen, so eine möglichst breite Diskussion über eine sozialdemokratische und in enger Verbindung damit auch gewerkschaftliche Bildungspolitik einsetzen könnte. Dabei gestatte ich mir auf das eben durchgeführte dritte Deutschlandtreffen in Hamburg hinzuweisen. In Hamburg haben die deutschen Genossen mit einer erfreulichen und beispielhaften Dynamik innerhalb einer bildungspolitischen Konferenz mit anschließenden Auseinandersetzungen innerhalb eines Bildungsforums die Basis für die sozialdemokratische Bildungspolitik zu legen versucht. Der Hamburger Impuls, verglichen mit unseren bescheidenen Anfängen, läßt unser bisheriges Versagen auf dem Sektor der Kulturpolitik offenkundig werden. Es wird Aufgabe eines anderen Beitrages sein, diese Deutschlandkonferenz 1963 und die damit gestarteten innerdeutschen Auseinandersetzungen zur Darstellung zu bringen und im Hinblick auf unsere schweizerische Situation zu kommentieren.

Der Resolutionsentwurf der Wiener Konferenz zuhanden der nächsten, in der Schweiz zur Durchführung gelangenden Tagung beinhaltet einen einführenden allgemeinen ersten Abschnitt, einen zweiten, den konkreten Forderungen gewidmeten Teil und zum Schluß eine Formulierung mit der Konsequenz der «comprehensive education». Der Vorschlag lautet im Detail:

1. *Allgemeines*: Erziehung ist ein immerwährender Prozeß. Jedes Mitglied der Gesellschaft hat das unveräußerliche Recht auf Bildung. Es ist die Pflicht der Gesellschaft, alle Voraussetzungen zu schaffen, daß jedes Mitglied die seinen Fähigkeiten entsprechende beste Erziehung erhält.

Wir müssen die Kinder in vollkommen neuer Weise lehren, daß sie für sich selbst Erkenntnisse suchen, daß sie kritisch denken und ihre eigenen Urteile zu bilden imstande sind.

Die optimale Förderung der Fähigkeiten der Persönlichkeit in einem

immerwährenden Erziehungsprozeß bildet die einzige Voraussetzung zur Überwindung der persönlichkeitschädigenden Einflüsse unserer Massen- und Konsumgesellschaft. Daher hat die Gesellschaft die Pflicht, eine wirksame Selbstkontrolle über die Massenmedien in einer vom Kapitalismus beherrschten Welt durchzuführen.

In einer sich rasch ändernden Welt, die durch ein neues wissenschaftliches Weltbild, durch die Automatisierung, durch die Gefahr des Atomkrieges und durch die Massenmedien gekennzeichnet ist, muß die Anpassungsfähigkeit des heranwachsenden jungen Menschen in planvollen Erziehungssituationen entwickelt werden. Diese dürfen nicht auf Zwang, Unterdrückung und Gleichschaltung aufgebaut werden, sondern müssen auf dem natürlichen Interesse, dem Verantwortungsgefühl jedes einzelnen Mitgliedes der demokratischen Gesellschaft für seine Mitmenschen und auf der Wertschätzung für Recht und Freiheit des Menschen beruhen. Darüber hinaus hat aber jede Erziehung das Bedürfnis des Jugendlichen nach Sinnfindung in seiner Welt, nach Bewährung, nach Freude an der Arbeit und nach richtiger Benutzung seiner Freizeit zu berücksichtigen.

Sozialistische Erziehung tritt für die Interessen der Kinder, der Jugendlichen und der Erwachsenen ein, lehnt jeden Zwang ab, setzt echte Bildungsimpulse in der heranwachsenden Jugend und schafft damit grundlegende Motive zum Aufbau einer von sozialer Gerechtigkeit erfüllten Gesellschaftsordnung.

2. Zur Erreichung der angeführten Ziele stellt die Konferenz folgende Forderungen auf:

Die Grundlage jeder Erziehung ist eine Allgemeinbildung. Dabei sollen allgemein anerkannte Richtlinien, die von Pädagogen auf internationaler Ebene ausgearbeitet werden, beachtet und gefördert werden.

Die Jugend muß zur Aufgeschlossenheit und Anteilnahme für andere Menschen erzogen werden und ein größeres Verständnis für die Probleme anderer Menschen, Gruppen und Völker gewinnen. Diese Ziele können nur durch eine eingehende Beschäftigung mit der Weltgeographie und Weltgeschichte erreicht werden, die ohne nationalistische, ideologische, soziale, religiöse oder autoritäre Tendenzen gelehrt werden müssen.

Der Fortschritt in der Bildung soll anhand positiver Leistungen gemessen werden und als Grundlage einer ständigen Weiterbildung dienen.

Alle Kinder sollen neben ihrer Muttersprache eine anerkannte internationale Sprache von früher Jugend an lernen.

Jede Trennung der Kinder, einschließlich einer Trennung der Geschlechter, muß – ausgenommen bei außergewöhnlicher physischer oder psychischer Behinderung – vermieden werden. Der internationale Schüler- und Lehreraustausch muß viel mehr als bisher gefördert werden.

Die Erziehungsbehörden haben die entsprechende Verantwortung für die Wohlfahrt und Erziehung aller jungen Menschen zu tragen, bis diese erwachsen sind. Es ist aber auch Aufgabe der sozialistischen Erziehung, die Familie immer wieder für die ihr zukommende hohe Verantwortung in der Erziehung zu gewinnen. Wo immer es möglich ist, sollen die Behörden jede weitere Erziehung ideell und materiell unterstützen. Eine ausreichende Studienförderung, die auch den Lebensunterhalt des Studenten deckt, gehört zu den Pflichten der Gesellschaft.

Das Vorbild und Beispiel der Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, im besonderen der Führer und der Lehrer der Arbeiterbewegung, im Hinblick auf die Wertschätzung der Bildung, wird auf die Bildungsbestrebungen der sozialistischen Arbeiter großen Einfluß ausüben.

In Übereinstimmung mit früheren Konferenzen wird wieder auf die Notwendigkeit einer vertieften Lehrerbildung und Lehrerfortbildung hingewiesen.

3. Die Konferenz ist der Überzeugung, daß die genannten Ziele und Maßnahmen nur in der differenzierten Einheitsschule (comprehensive education) ihre Grundlage finden können und darüber hinaus einer ausgedehnten Erwachsenenbildung bedürfen. Dadurch wird die immerwährende Erziehung in der demokratischen Gesellschaft die Bildung der breiten Massen heben und zugleich zu einer gerechten Auslese der Begabungen im Dienste der Gemeinschaft führen.